

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Die heutige Ausgabe der „Wahlkreispost“ hält wieder einmal einen wirklich bunten Strauß an politischen Themen aus Bund, Land und Wahlkreis für bereit: Zum einen geht es um die Enthüllungen in Zusammenhang mit den sog. „Paradise Papers“, die wieder einmal einen Abgrund dessen aufgedeckt haben, was viele der wirklich Reichen dieser Welt tun, um ihren nur gerechten Anteil an der solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens zu umgehen. Eine Praxis, von der nur diejenigen profitieren können, deren Steuern nicht schon auf der Gehaltsabrechnung abgezogen sind. Hier gibt es die eindeutig noch viel Handlungsbedarf – und entsprechend hat die SPD-Bundestagsfraktion darauf reagiert und insbesondere die Europäische Union dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass solche Steuer-schlupflöcher endlich geschlossen werden.



Darüber hinaus geht es um einen gemeinsamen Antrag der SPD-Landespräsidien von Rheinland-Pfalz und Hessen, mit dem sie auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember die Erneuerung der SPD voranbringen wollen, sowie um die vierte landesweite Demografiewoche, die bis zum heutigen 13. November stattfindet. Weitere Themen sind die Arbeitslosenzahlen in Rheinland-Pfalz, die im Oktober auf einen weiteren historischen Tiefstand gesunken sind, sowie der Besuch meiner Kabinettskollegin, der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Stefanie Hubig, die ich gerne in die Martin-Luther-Grundschule in unserem Wahlkreis eingeladen habe, um sich dort mit der Schulleitung über deren Anliegen und Anregungen an das rheinland-pfälzische Bildungsministerium auszutauschen.

Viel Spaß bei der Lektüre – und eine gute Woche, wünsche ich euch!
Eure Sabine



NICHT ALLES, WAS LEGAL IST, IST AUCH LEGITIM

SPD fordert stärkeres Vorgehen gegen Steuervermeidung – Bundestagsfraktion legt auch Einwanderungsgesetz vor

Die so genannten Paradise Papers enthüllen wie schon die Panama Papers weltweite Steuerumgehungen, -vermeidungen und -hinterziehungen. Das ist nicht zuletzt allen normalen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zutiefst ungerecht, die immer korrekt ihre Steuern und Abgaben zahlen – und zu allergrößten Teil auch gar nicht anders können. SPD-Bundestagsfraktionschefin Andrea Nahles kritisierte am Rande der Fraktionssitzung vergangenen Dienstag scharf: „Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim.“

Nahles fordert insbesondere die Europäische Union auf, ihre Bemühungen beim Stopfen von Steuerschlupflöchern zu verstärken und Steuerdumping noch härter zu bekämpfen. Nahles: „Ich bin auch für eine Mindestbesteuerung der Unternehmen in jedem Land, in dem sie auch Gewinne machen“. Zudem sei sie der Auffassung, dass „alle, die bei Steuerhinterziehung helfen, also zum Beispiel Banken, auch bestraft werden müssen“. In der Hinsicht sei unter dem ehemaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) „viel links liegen geblieben“.

An die Adresse der Jamaika-Sondierer richtet Nahles die Mahnung, endlich konkrete Lösungen zu entwickeln. Stets sei nur zu hören, was alles nicht geht. So erwarte sie zum Beispiel Antworten auf die Vorschläge des französischen Präsidenten Macron zu Europa, aber auch zum Thema Integration/Migration oder zur Sozialpolitik. Nahles: „Soll der Mindestlohn jetzt gelockert werden, oder nicht?“

Die SPD-Fraktion dagegen entwickelt konkrete Lösungen und hat an diesem Dienstag ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Zur Begründung erläutert Nahles, es müsse Klarheit geben, wer kommen und wer nicht kommen könne. „Wir brauchen den Zuzug von Fachkräften“. Dabei gehe es um Transparenz und Realismus.

Die Fraktionschefin kündigt an, dass ihre Fraktion sich in den kommenden Monaten mit sechs Leitfragen auseinandersetzen wolle, um die verlorene Bundestagswahl aufzuarbeiten. Im Fokus stehen dabei die Themen Glaubwürdigkeit und Arbeit in Zeiten der Digitalisierung.



GEMEINSAMER ANTRAG AUF SPD-BUNDESPARTEITAG

Rheinland-Pfälzer und Hessen wollen SPD im Bund erneuern

Die SPD-Landesverbände in Hessen und in Rheinland-Pfalz haben am Montagabend in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Präsidien einen Antrag zum bevorstehenden Bundesparteitag der SPD verabschiedet. Unter dem Titel „Für eine Bundespartei auf der Höhe der Zeit“ fordern die beiden Landesverbände, die Partei organisatorisch und inhaltlich neu aufzustellen. Im organisatorischen Teil plädieren die Sozialdemokraten in Hessen und Rheinland-Pfalz dafür, die Partei offener, durchlässiger und digitaler zu machen. So müssten die Parteistrukturen für einen besseren Austausch zwischen den einzelnen Gliederungen sowie zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Helfern schlanker und schneller werden. Auch bedürfe es neuer Formen des Arbeitens, des Umgangs und des Streitens innerhalb der SPD.



Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer sagte im Anschluss an die abendliche Sitzung der Landespräsidien: „Wir sind uns einig, dass sich unsere Partei verändern muss. Mit unserem gemeinsamen Antrag zur Vernetzten Partei machen wir hierzu konkrete Vorschläge. Digital wie analog müssen wir den Menschen Angebote zur Partizipation machen, innerhalb unserer Partei und in die Gesellschaft hinein. Nur eine starke und vernetzte SPD kann glaubwürdig einen sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf für die Zukunft präsentieren.“



Der hessische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel zeigte sich ebenfalls zufrieden mit dem Ergebnis der gemeinsamen Präsidiumssitzung. Er sagte: „Es ist essentiell, dass wir im kommenden Jahr Leitbilder für die Sozialdemokratie in Deutschland schaffen. Wir müssen klarer und optimistischer für die Zukunft werden. Unsere Vision vom solidarischen, friedlichen und sicheren Miteinander in unserem Land müssen wir dann in einem neuen Grundsatzprogramm festhalten. Denn das geltende Grundsatzprogramm der SPD von 2007 ist entstanden, bevor die Finanzmarktkrise, die daraus folgende Schuldenkrise in einigen europäischen Ländern, die Humanitätskrise und das Erstarken des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus in wichtigen Staaten die Welt, wie wir sie zu kennen glaubten, umgewälzt haben. Diese Position werden unsere beiden Landesverbände auf dem Bundesparteitag im Dezember nachdrücklich vertreten.“ Hier kann der Antrag eingesehen werden: [Klick!](#)

VIERTE LANDESWEITE DEMOGRAFIEWOCHE

„Gut leben im Alter“ im Fokus der diesjährigen Veranstaltung

Mit einer Auftaktveranstaltung in Mainz startete am 6. November 2017 die dritte landesweite Demografiewoche in Rheinland-Pfalz. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Demografieministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Startschuss einer vielseitigen Woche, in der sich mehr als 220 Veranstaltungen mit dem demografischen Wandel und seinen Auswirkungen beschäftigen.



„Unsere Erfahrungen aus vielen Jahren Demografiepolitik, unsere zahlreichen Gespräche im ganzen Land, zeigen deutlich, dass die Menschen sich unter der eher abstrakten Überschrift ‚Demografischer Wandel‘ ganz konkrete Fragen stellen“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer in ihrer Eröffnungsrede. „Wie geht es weiter mit unseren Dörfern und Gemeinden im ländlichen Raum? Wie können wir hier für die Jungen und für die Alten gute Voraussetzungen für das Leben und Arbeit-

en aufrechterhalten oder neu entwickeln? Und wie können wir der steigenden Zahl an alten und hochaltrigen Menschen in unserem Land auch in Zukunft gute Lebensbedingungen bieten, ohne dabei die Jungen aus dem Blick zu verlieren?“, so die Ministerpräsidentin.



Das 2014 von ihr eingesetzte Demografiekabinettt habe deshalb im vergangenen Herbst beschlossen, die Demografiestrategie „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ in den kommenden Jahren insbesondere auf die beiden Ziele „Gut leben im ländlichen Raum für Jung und Alt“ und „Gut leben im Alter“ auszurichten.

Die heutige Auftaktveranstaltung stand unter dem Titel „Gut leben im Alter – Zusammen Wirken in Rheinland-Pfalz“. „Wir sehen in der stärkeren Vernetzung und Kooperation, in dem Zusammenführen von Ressourcen und Kompetenzen und in der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Ansatz für die zukunftsfähige Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort“, hob Demografieministerin Bätzing-Lichtenthaler hervor.

Im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung zur Demografiewoche stand das Thema Vernetzung in der Kommune. Ziel der Landesregierung ist es, den Verantwortlichen in den Kommunen, aber auch anderen Akteuren vor Ort – wie Vereinen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden oder Bürgerinitiativen – aufzuzeigen, was eine stärkere Vernetzung in der Kommune für alle bringt und wie diese gelingen kann. Neben Landes- und Kommunalpolitikern tauschen



sich unter anderem Wissenschaftler, Kommunalberater und Praktiker zu ihren Zielsetzungen und Erfahrungen bei einer solchen Weiterentwicklung kommunaler Strukturen aus. Konkrete rheinland-pfälzische Beispiele zur Vernetzung in der Kommune – wie das Projekt „Zu Hause alt werden“ im Landkreis Bernkastel-Wittlich oder die Initiative „Lebensraum Kirchspiel Anhausen“ in der Verbandsgemeinde Rengsdorf – zeigen auf, was bei der Vernetzung hilfreich ist und wie eventuelle Hindernisse überwunden werden können.

Die dritte landesweite Demografiewoche findet bis zum heutigen 13. November statt. Mehr als 220 Fachtagungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Lesungen, Tage der offenen Tür und viele weitere Veranstaltungsformate setzen sich mit der Frage auseinander, wie wir den demografischen Wandel in Rheinland-Pfalz gut gestalten können. Die Themen reichen von A wie „Älterwerden als Lebenskunst“ über D wie „Demografischer Wandel und Fachkräftesicherung in rheinland-pfälzischen Unternehmen“, W wie „Wohnen für Fortgeschrittene – altersgerecht wohnen von 1-100“ bis Z wie „Zukunft barrierefrei“.

DIE GUTE NACHRICHT: ARBEITSLOSENZAHL IN RHEINLAND-PFALZ ERSTMALS UNTER 100.000

Die Arbeitslosigkeit hat in Rheinland-Pfalz im Oktober einen historischen Tiefstand erreicht. Erstmals seit mehr als 25 Jahren waren in Rheinland-Pfalz weniger als 100.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Das teilten Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich der Bekanntgabe der aktuellen Arbeitsmarktzahlen mit. Danach waren im Oktober in Rheinland-Pfalz 98.325 Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind 2.495 weniger als im September und 7.197 weniger als noch im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent. Im Oktober des Vorjahres lag sie bei 4,8 Prozent.

BILDUNGS MINISTERIN HUBIG BESUCHTE MARTIN-LUTHER-GRUNDSCHULE IN BETZDORF

Sanierung steht 2019 an – gute technische Ausstattung

Über einen herzlichen Empfang freute sich die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig bei ihrem Besuch der Martin-Luther-Grundschule in Betzdorf. Schulleiter Jörg Pfeifer hatte mit seinen Schülerinnen und Schülern für die Begrüßung ein flottes Lied einstudiert und bewies dabei selbst musikalisches Talent am Akkordeon. Hubig war auf Einladung ihrer Kollegin und Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler nach Betzdorf gekommen. Sie begrüßte auch Schulrätin Marie-Luise Hees von der ADD und den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain, Bernd Brato, als Vertreter des Schulträgers.

Bätzing-Lichtenthäler hatte bei der Vorbereitung bewusst auf eine strenge Tagesordnung verzichtet. „Im Mittelpunkt sollen die praktischen Einblicke in den Schulablauf und Zeit für Hintergrundgespräche über Wünsche und Anliegen der Schule stehen“, so die Parlamentarierin.



Ein großes Thema ist die anstehende Grundsaniierung des Schulgebäudes. Im gleichen Zug soll der Kindergarten in einen Neubau umziehen. Die Unterbringung von Kindergarten und Grundschule am selben Standort sei ein „interessantes Modell“ gewesen, so Bernd Brato. In der Praxis habe es sich aber durch die fehlende räumliche Trennung nicht bewährt. Die Maßnahme könne nach derzeitigem Planungsstand in zwei Jahren beginnen. Die dann frei werdenden Räume wären für die Grundschule nutzbar.

Lob an den Schulträger gab es von Jörg Pfeifer für die sehr gute technische Ausstattung der Schule. So verfügten alle Klassenräume über zwei Notebooks und eine elektronische Tafel. Ganz neu seien 12 Tablets angeschafft worden. Insgesamt werde an der Martin-Luther-Grundschule ein Fokus auf den Bereich der schulischen Medienbildung gelegt, erklärte der Schulleiter. So habe man beispielsweise den MedienKompass im Unterricht eingeführt. Dabei tragen die Schülerinnen und Schüler in einem „Zertifikatsheft“ ihre erworbenen Fähigkeiten im Umgang mit Computern und Internet ein. Medienbildung spiele im digitalen Zeitalter eine bedeutende Rolle bei der Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Das fange schon im Grundschulalter an, unterstrich Hubig. Sie warb bei den Anwesenden für die Teilnahme am Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“, das inzwischen auch an rheinland-pfälzischen Grundschulen gestartet



sei. Ziel sei die Vermittlung eines gewissenhaften Umgangs mit digitalen Medien. Dafür erhielten die Schulen finanzielle Unterstützung bei der technischen Ausstattung und eine hochwertiger Bildungssoftware. Ebenso gehöre eine spezielle Schulung der Lehrerinnen und Lehrer dazu. Pfeifer signalisierte grundsätzliches Interesse am Programm. Man habe zunächst mit Blick auf die weiteren anstehenden Aufgaben wie die Vorbereitungen für die Einführung der Schwerpunktschule von einer Teilnahme Abstand genommen, um die Lehrer nicht noch weiter zu belasten. Er wolle aber das Thema noch einmal im Kollegium diskutieren.

Zur Sprache kam auch die aktuelle Personalsituation an der Grundschule. Die Unterrichtsversorgung sei unterm Strich knapp gedeckt. Allerdings habe man „kreative Lösungen“ suchen müssen, so Schulrätin Hees. Bernd Brato nannte die Suche nach Nachwuchslehrern im ländlichen Raum ein „komplexes System“, das von einer Stelle alleine nicht zu lösen sei. So würde es viele junge Leute eher an die Rheinschiene ziehen als in den Westerwald, meinte Pfeifer. Marie-Luise Hees glaubte aber auch eine gegenläufige Tendenz zu erkennen. „Einige wollen aus anderen Bundesländern gerne zu uns zurück. Wir haben hier einfach das bessere Schulsystem“, stellte die Schulrätin fest und brach damit eine Lanze für die rheinland-pfälzische Bildungspolitik. Stefanie Hubig gab zu, dass für einige Regionen nur schwierig Lehrkräfte zu finden seien. Durch die Grenzlage zu NRW und Hessen würde zudem Personal abgeworben.

Eigentlich hätte man aufgrund sinkender Schülerzahlen landesweit 600 Lehrstellen abbauen müssen. Am allergrößten Teil sei aber festgehalten worden, so Hubig. Sie habe sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Vertretungsverträge zugunsten von festen Planstellen nach unten zu fahren. Dennoch würden Vertretungslehrer immer gebraucht, wenn feste Lehrkräfte längerfristig ausfielen.



Die immer wiederkehrende Behauptung, dass das Land reihenweise Vertretungslehrer vor den Ferien in die Arbeitslosigkeit schicken würde, bezeichnete die Ministerin als „Märchen“. Sie stellte klar: „Rund 95 Prozent der Lehrer mit Vertretungsverträgen werden auch in den Sommerferien weiter bezahlt.“